

Bauern kritisieren Inforama-Leitung

LANDWIRTSCHAFT Die Berner Bauern machen sich für Bäuerinnen stark: Sie und der Bereich Hauswirtschaft seien in der neuen Leitung des Inforama zu wenig vertreten, finden die Berufsverbände von Bäuerinnen und Bauern.

Im Bildungs- und Beratungszentrum Inforama war die interne Organisation in den letzten Jahren ein grosses Thema. Und sie wird es vorerst wohl bleiben, auch mit der neuen Lösung: Dass die Bäuerinnen beziehungsweise der Bereich Hauswirtschaft nicht mehr in der Geschäftsleitung vertreten sein sollen, stösst den Bäuerinnen und Bauern im Kanton sauer auf.

Der Stellenwert der Bäuerinnen und der Hauswirtschaft werde dadurch klar geschwächt, findet der Verband Bernischer Landfrauenvereine. Der Berner Bauernverband stellt sich hinter die Bäuerinnen: «Die Aus- und Weiterbildung der Bäuerinnen ist eminent wichtig, und die Nachfrage nach den Bildungsgängen am Inforama ist gross», schreibt er in einer Medienmitteilung.

Eine gesunde Ernährung sowie das soziale, ökologische und wirtschaftliche Denken und Handeln seien in der heutigen Gesellschaft wichtige Themen, sagt Hans Jörg Rüeggsegger, Präsident des Berner Bauernverbands. «Bäuerinnen sind zudem meistens Co-Betriebsleiterinnen.» Von ihnen werde Offenheit und Innovation in Bezug auf neue Ausrichtungen von Bauernbetrieben erwartet. Es gelte, all dem genügend Gewicht zu geben.

«Systematik wie in anderen Berufsschulen im Kanton»

Ab Juli ist die Geschäftsleitung des Inforama schlanker organisiert, weil die vorherige Struktur mit einer Co-Leitung immer wieder kritisiert wurde. Künftig sind dem neuen Inforama-Leiter Markus Wildisen fünf Fachbereiche unterstellt, die Einsitz in der Geschäftsleitung nehmen: fachliche Grundbildung, Berufsmaturität, höhere Berufsbildung, Beratung und Support.



Der Hauswirtschaftsbereich erhält im landwirtschaftlichen Bildungszentrum keinen eigenen Geschäftsleitungssitz. Das kritisieren Bäuerinnen und Bauern.

Der Bereich Hauswirtschaft sei nicht in der Geschäftsleitung vertreten, weil grundsätzlich keine einzelnen Berufsgruppen mehr dort Einsitz nähmen, heisst es bei der Volkswirtschaftsdirektion. Der Bildungsbereich sei wie in anderen Berufsschulen im Kanton bewusst nach der Systematik Grundbildung, Berufsmaturität und höhere Berufsbildung unterteilt. Das «Ressort Hauswirtschaft» ist deshalb neu lediglich ein Teil der höheren Berufsbildung.

«Rund fünf Prozent der Inforama-Schülerinnen und -Schüler gehören dem Bereich Hauswirtschaft an», sagt Urs Zaugg, Vorsteher des zuständigen Amtes für Landwirtschaft und Natur (Lanat). Der grösste Teil der Bäuerinnen übe heute andere Berufe aus, weshalb viele Kantone die Hauswirtschaft gar nicht mehr zur Ausbildung anbieten würden. Zudem seien die Frauen auch in den anderen Inforama-Bildungsbereichen wie etwa bei den Berufsmittelschulen stark vertreten. Ihren Anliegen werde deshalb sicher genügend Rechnung getragen.

Hoffen auf eine Frau in der Geschäftsleitung

Bis Ende Juni wird im Inforama nun entschieden, wer die Leitung der fünf Fachbereiche übernehmen soll. Der Berner Bauernverband will sich dafür einsetzen, dass die Bäuerinnen zumindest personell dort gut vertreten sind. Präsident Rüeggsegger hofft, dass die Bildung Bäuerin «wie versprochen eine entsprechende Positionierung in der Führungsstruktur des Inforama» erhalte. Im Fokus steht dabei der Bereich höhere Berufsbildung, dem das Ressort Hauswirtschaft neu zugeordnet ist.

Laut Lanat-Chef Urs Zaugg können Inforama-Kaderleute am Bewerbungsverfahren teilnehmen. Wenn sich eine Frau als Geschäftsleitungsmittglied finden lasse, sei das sicher positiv, sagt er. Die Kompetenzen der neuen Führungskräfte seien aber klar wichtiger als deren Geschlecht.

Sandra Rutschli

In Kürze

POLIZEI Einstellhalle soll saniert werden

Die Einstellhalle der Kantonspolizei am Schermenweg in Bern muss laut Kanton saniert werden. 2014 habe die Decke bereits verstärkt werden müssen. Weil der Kanton die Liegenschaft jedoch verkaufen will, soll die Sanierung auf das Nötigste beschränkt werden. Dafür beantragt die Regierung dem Grossen Rat einen Kredit von 2,38 Millionen Franken. *pd*

MEDIZIN Beitrag für Notfallzentrale

Die medizinische Notfallzentrale der Medphone AG in Bern soll laut Kantonsregierung 2015 bis 2017 jährlich maximal 200'000 Franken erhalten. Die Medphone AG betreibt ein medizinisches Callcenter, das die ärztlichen Bezirksvereine bei der Organisation und der Durchführung des ambulanten ärztlichen Notfalldienstes unterstützt. Die Anrufzahlen sind von rund 29'000 im Jahr 2007 auf rund 116'000 im Jahr 2013 gestiegen. *pd*

BILDUNG Subventionen für private Gymer

Die drei privaten Gymnasien Campus Muristalden AG, NMS Bern und Freies Gymnasium Bern erhalten Kantonsbeiträge. Für 2016 bis 2019 hat die Regierung zuhause des Grossen Rates einen Kredit in der Höhe von insgesamt 39,82 Millionen Franken verabschiedet. *pd*

THUN/HILTERFINGEN Wanderweg gesperrt

Der Wanderweg in der Cholerenschlucht zwischen Thun und Hilterfingen muss auf der Strecke Höheweg bis Scheidegg bis auf weiteres gesperrt werden. Dies hat die Stadt Thun gestern mitgeteilt. Grund für die Sperrung seien Erdrutsche, die durch die starken Regenfälle am letzten Wochenende ausgelöst wurden. Wie gross die Schäden sind, ist zurzeit noch unklar. Das städtische Tiefbauamt wird den Wanderweg räumen und sichern. Voraussichtlich in zwei Wochen wird die Strecke wieder geöffnet werden können. *pd/gbs*

BERGRETUNG Geld für Material und Ausbildung

Die Bergrettungsstationen im Kanton Bern sollen ab dem nächsten Jahr und bis 2025 einen Zustupf von jährlich 221'000 Franken erhalten. Das sind insgesamt 2,2 Millionen Franken. Wie die Kantonsregierung in einem Communiqué schreibt, könnten mit dem Kantonsbeitrag die Aus- und Weiterbildungs- sowie die Materialkosten der Bergrettungsstationen gedeckt werden. Der aktuell gültige Leistungsvertrag zur Sicherstellung der Bergrettung stammt aus dem Jahr 2000. Der Grosse Rat wird über den Kredit befinden. *pd*

EINBÜRGERUNGEN Gleichstellung für Homo-Ehe

Eingetragene Partnerschaften sollen im Einbürgerungsverfahren der Ehe gleichgestellt sein. Dies liess die Regierung in ihrer Stellungnahme an die staatspolitische Kommission des Nationalrats verlauten. *pd*

STI fährt Gewinn ein

THUN Die STI blickt auf ein sehr positives Jahr zurück. Dies ist deshalb erstaunlich, da die Passagierzahlen erstmals seit zehn Jahren gegenüber dem Vorjahr sanken.

36 Millionen Franken Mehrwert bringt die STI jedes Jahr in die Region Thun. So lautet das Fazit einer Studie der Hochschule Luzern, die gestern anlässlich der Generalversammlung der Verkehrsbetriebe STI AG in Thun präsentiert wurde. Für Verwaltungsratspräsident Hans Rudolf Zaugg ist dies ein klares Zeichen dafür, dass die STI eine wichtige wirtschaftliche Rolle einnimmt. Die Jahresbilanz der Verkehrsbetriebe STI AG weist einen Gewinn von 839'000 Franken aus. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Gewinnsteigerung um knapp 450'000 Franken.

Doch die STI hat zum ersten Mal in den letzten zehn Jahren weniger Passagiere als im Vorjahr befördert. Für Verwaltungsratspräsident Zaugg ist das kein Grund zur Panik: «Die tieferen Passagierzahlen sind mehrheitlich auf das milde Wetter zurückzuführen.» *bzf*

Kleinere Perimeter für Regionalkonferenzen

REGIONEN Der Grosse Rat will kleinere Perimeter für Regionalkonferenzen prüfen lassen. Eine finanzielle Gleichbehandlung von Gebieten ohne Regionalkonferenzen lehnt er jedoch ab.

Der Regierungsrat soll prüfen, ob Regionalkonferenzen oder Gemeindeverbände künftig auch in kleineren Perimetern als heute möglich sind. Mit 130 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen hat der Grosse Rat ein entsprechendes Postulat aus den Reihen der SVP überwiesen.

Kein politischer Konsens

Heute ist vorgegeben, dass sich Regionalkonferenzen nach den Perimetern der regionalen Verkehrskonferenzen richten, da die Verkehrsplanung eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist. Weiter sind die Grenzen der Regionalkonferenzen deckungsgleich mit jenen von Verwaltungsregionen oder Verwaltungskreisen. Kleinere Konferenzen könnten in den Regionen Biel-Seeland-Berner Jura sowie Thun ein Thema sein, wo für grössere Gebilde kein politischer Konsens gefunden

wurde. Auch bei der Regionalkonferenz Bern-Mittelland wird immer wieder darüber diskutiert, ob sie zu grossflächig angelegt sei.

Finanziell nicht gleichgestellt

In einem zweiten Punkt scheiterte die SVP mit ihrem Vorstoss «Keine Ungleichbehandlung von Regionen ohne Regionalkonferenz». Sie wollte, dass auch Gebiete ohne Regionalkonferenz vom Kanton einen Pro-Kopf-Beitrag erhalten. «Regionen dürfen nicht benachteiligt werden, weil sie kein solches Konstrukt wollen», sagte Thomas Knutti (SVP, Weissenburg). Sein Parteikollege Raphael Lanz (Thun) doppelte nach: «Wenn sich Regionen effizient arrangieren, sollte der Kanton diese gleich behandeln – auch wenn dies nicht in Form einer Regionalkonferenz geschieht.»

Die Ratsmehrheit winkte ab. Die SVP müsse nicht meinen, sie könne die Bildung von Regionalkonferenzen bekämpfen, ohne dass dies finanzielle Konsequenzen für die Regionen habe, so der Tenor. Das Anliegen wurde mit 77 zu 61 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt. *sar*

BZ Namen

Der Grosse Rat hat zum Abschluss der Junisession unter kräftigem Applaus zwei langjährige Mitglieder verabschiedet. Es sind dies Eva Desarzens (FDP,

Boll) und Alfred Schneider (EDU, Thierachern). Desarzens hat nach neun, Schneider nach über 18 Jahren im Rat demissioniert. Für die FDP zieht Hans-

Rudolf Saxer (Gümligen) ins Rathaus ein. Der Jurist ist als selbstständiger Berater für öffentliche Institutionen bei der Berner Res Publica Consulting tätig. Von 2004 bis 2012 war er

Gemeindepräsident von Muri. Bei der EDU zieht der Thuner Hausarzt Daniel Beutler neu ins Parlament ein. Er ist mit EVP-

Grossrätin Melanie Beutler-Hohenberger verheiratet. Jakob Schwarz (Adelboden) wird neu das EDU-Fraktionspräsidium übernehmen. *pd/as*

ANZEIGE

Berner Wanderwege
Berns Radweg

Wanderungen online planen

wanderplaner.ch – die neue Plattform der Berner Wanderwege

wanderplaner.ch

Spezielle Unterkunft

ASYLWESEN Unbegleitete, minderjährige Asylsuchende werden nicht gemeinsam mit den Erwachsenen, sondern in einer speziellen Unterkunft untergebracht. Dafür beantragt der Regierungsrat beim Grossen Rat einen Kredit von jährlich 6,9 Millionen Franken. Dies für die Zeit von 2017 bis 2021. Im Auftrag des Kantonsparlaments hat die Polizei- und Militärdirektion zudem Varianten zur heutigen Unterbringung geprüft, wie die Regierung mitteilt. Dabei sei man zum Schluss gekommen, dass die bisherige Lösung weitergeführt werden solle. *pd*